

Sprechtext für Oberbürgermeister Ulrich Scholten
anlässlich der Eateinbringung 2020
am Donnerstag, 29. September 2019, gegen 16 Uhr
Ratssaal
Text: Borninghoff/Dr. Roos

Liebe Ratsmitglieder,

alles so wie in den Vorjahren. So könnte ich die Einbringung des Haushaltes für 2020 überschreiben.

Unser Jahresergebnis in 2018 lag bei – 62 Mio. Euro. Das war sicher ein Tiefpunkt! Geschuldet vor allem einem massiven Gewerbesteuereinbruch.

Wir haben den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch den Mitarbeitenden daraufhin viel zugemutet: Haushaltssperre, Budgetkürzungen, Personaleinsparung und vor allem die Grundsteuererhöhung. Was uns beim Thema ÖPNV erwartet, ist noch zu konkretisieren.

Aufgrund der Anstrengungen haben wir es geschafft, für die nächsten Jahre positive Ergebnisse anzusetzen. Und damit den Vorgaben des Stärkungspaktgesetzes gerecht zu werden.

Mit welchen Zahlen Sie für das kommende Jahr konkret konfrontiert werden, wird Ihnen gleich der Kämmerer berichten...

Ich will Ihnen an dieser Stelle noch kurz von meinen Bemühungen um finanzielle Entlastung im Rahmen meiner Sprechertätigkeit für das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ berichten. Da scheint ein letzter Silberstreifen am Horizont...

Anfang August fand ein offenes, vertrauensvolles und ermutigendes Gespräch mit dem NRW-Staatssekretär Dr. Jan Heinisch statt. Herr Dr. Heinisch betonte darin, dass wir auf das Wort des Ministerpräsidenten sowie das persönliche und politische Engagement der Kommunalministerin vertrauen dürfen. Sie würden auf allen politischen Ebenen für eine nachhaltige Entlastung der kommunalen Haushalte bei den Kosten sozialer Leistungen durch den Bund kämpfen.

Auch bei der Altschuldenlösung dürfen wir offenbar auf das Land hoffen, denn die Landesregierung führt nach eigener Aussage derzeit Gespräche mit Regierungen anderer Länder, um den vom Bund - im Rahmen der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“-geforderten „nationalen Konsens“ für eine Altschuldenlösung zu erreichen.

Das Aktionsbündnis, dessen geschäftsführende Stadt Mülheim ist, hat der Bundesregierung gegenüber zugesagt, sich aktiv mit Daten und Fakten in eine Lösungsfindung einzubringen. Bis Ende des Jahres sollten wir hier hoffentlich Klarheit haben.

Ich und meine Sprecherkollegen haben inzwischen eine Einladung ins Bundesfinanzministerium erhalten. Am 25. September werden wir dort mit Herrn Staatssekretär Dr. Bösingher das Thema „Altschulden“ erörtern.

Das ist hochwichtig, wirkt aber erst langfristig. Daher kämpfen wir auch um eine Übernahme der Kosten der Unterbringung.

Wir werden dort auch – einmal mehr, aber steter Tropfen höhlt ja bekanntlich auch mal den Stein – an die Selbstverpflichtung der Bundesregierung im Koalitionsvertrag erinnern, wonach den Kommunen keine zusätzlichen finanziellen Lasten aufgebürdet werden: „Wer bestellt, bezahlt“.

Anrede

Um es noch einmal deutlich auf den Punkt zu bringen:
Das Aktionsbündnis kämpft für die Wiedergewinnung kommunaler Gestaltungsfähigkeit, weil sonst unser gesamtes demokratisches System in Gefahr ist.

Das heißt aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir vor Ort weitere kommunale Haushaltsdisziplin betreiben müssen, um glaubhaft zu bleiben und unseren Anteil an der Lösung für eine dauerhafte Entlastung der Kommunen zu erbringen. Allerdings immer mit dem maßvollen Auge, die Stadt nicht kaputt zu sparen.

Wir bleiben dran, meine Damen und Herren, zum Wohle unserer Städte! Zum Wohle von Mülheim an der Ruhr!

Vielen Dank.